



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 06.02.2013

Niederschrift

über die **31. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 22.01.2013, 16:00 Uhr bis 18:33 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	(für RM Wolter)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	(für RM Schiele; bis 17.15 Uhr)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	
Herr Peter Arenz	DIE LINKE	
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	(bis 18.15 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion	
Herr Christian Joisten	SPD	(ab 16.20 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	

Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Werner	CDU
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP (bis 18.25 Uhr)
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag von pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN (16.50 Uhr - 17.50 Uhr)

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Christian Hartwig	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Bernd Pütz	Bauverwaltungsamt

Schritfführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
Herr Henning Werker	Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Karel Schiele	pro Köln
--------------------	----------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen
Frau Lisa Steinmann	SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger

Zentrum für selbstbestimmtes Leben

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 31. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- zu 2.1 Antrag der CDU-Fraktion „LKW-Durchgangsfahrverbot für Meschenich“
liegt eine Stellungnahme der Verwaltung als **Tischvorlage** vor
- 6.9 Sicherstellung der Erreichbarkeit von Einsatzorten
hier: Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 04.12.2012, TOP 1.3
4486/2012
- 6.10 Anfrage von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.10.2012 zur Barrierefreiheit der Kölner Bahnhöfe
AN/1641/2012
0189/2013
Tischvorlage
- 7.6 Neuordnung von Verkehrsbeziehungen im Bereich der Subbelrather Straße/Liebigstraße/Hüttenstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom
17.09.2012, TOP 8.2
4596/2012
Tischvorlage
- 7.7 Sanierung Tunnel Grenzstraße
hier: Varianten-Untersuchung für die Baudurchführung
0180/2013
Tischvorlage
- 7.8 Sanierung der Straßenbrücke "Gleueler Straße/Decksteiner Weiher"
Freigabe des Straßenverkehrs
0211/2013
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

- 15.2 Externe Beauftragungen vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik
3802/2012

Die Vorlagen

- 4.1 Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße
3938/2011
II. Durchgang (nach Ortstermin am 22.10.2012),
- 4.2 Platzumgestaltung Ebertplatz, hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes
2618/2012
vertagter TOP 4.5 aus der Sitzung am 04.12.2012
- und

- 5.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Abwasserbeseitigungskonzept Köln, 5. Fortschreibung 2013
4449/2012
werden **zurückgezogen.**

Hinweis der Verwaltung zu 5.7:

Der Verkehrsausschuss hatte mit Beschluss vom 19.01.2010 gebeten, ihn von der Zuständigkeit in Fragen der Stadtentwässerung zu entbinden; die Zuständigkeitsordnung wurde dementsprechend im März 2012 modifiziert.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen einverstanden und beschließt demzufolge folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Verpflichtung eines neuen sachkundigen Einwohners mit beratender Stimme

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.10.2012 betr.
LKW-Durchgangsfahrverbot für Meschenich
AN/1741/2012

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2012
AN/1945/2012

Stellungnahme der Verwaltung
0190/2013

- 2.2 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 21.12.2012 betr.
Generalsanierung, Aus- und Umbauprogramm für Kölner Straßen
AN/2035/2012

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße
3938/2011
zurückgezogen

- 4.2 Platzumgestaltung Ebertplatz, hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes
2618/2012
zurückgezogen

- 4.3 Informationscodes für Baustellen in Köln
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 30.10.2012, TOP 2.1
4482/2012

- 4.4 Umgestaltung und Nutzungsänderung von Räumen der rechtsrheinischen Rampe der Deutzer Brücke
a. Dusch- und Umkleidebereiche für die DIN 1076 Prüfgruppe
b. Fahrzeugabstellplätze für Prüffahrzeuge einschließlich dem Hubsteiger
3996/2012

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Elfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
4205/2012

- 5.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hönninger Weg von Eifelwall bis Pohligstraße in Köln-Zollstock
4263/2012

- 5.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage An der Rather Burg (befahrbarer Wohnweg) von An der Rather Burg bis Beginn Fuß- und Radweg in Köln-Rath/Heumar
4275/2012
- 5.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (östliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Ursulastraße/Victoriastraße in Köln-Altstadt/Nord
4281/2012
- 5.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (westliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Enggasse in Köln-Altstadt/Nord
4287/2012
- 5.6 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4641/2012
- 5.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Abwasserbeseitigungskonzept Köln, 5. Fortschreibung 2013
4449/2012
zurückgezogen
- 5.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln
hier: Ertüchtigung der Hochwasserschutzanlage "Lindemauer" in Köln-Sürth
3847/2012/1
- 5.9 VRS: kostenlose bzw. preislich deutlich reduzierte Fahrradmitnahme im VRS-Gebiet
3300/2012
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1 Qualitätsmanagement bei Lichtsignalanlagen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 04.12.2012
4340/2012
- 6.2 Abpollerungen unter BAB-Brücke Rodenkirchen
hier: Mündliche Anfrage des SB Möller aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 30.10.2012, TOP 8.9
4383/2012

- 6.3 Auswirkung der Mittelstreichung für den ÖPNV auf Köln
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am
04.12.2012, TOP 1.4
AN/1904/2012
4472/2012
- 6.4 Erweiterung der P+R-Anlage Weiden
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am
04.09.2012
AN/1403/2012
4101/2012
- 6.5 Fahrradpiktogramme auf dem Höniger Weg
hier: Mündliche Anfrage des SE Arenz aus der Sitzung des Verkehrsaus-
schusses vom 04.09.2012, TOP 8.2
4499/2012
- 6.6 Straßenunterhaltungsmaßnahme Reichenspergerplatz und angrenzende
Straßen
hier: Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey aus der Sondersitzung
des Verkehrsausschusses vom 20.09.2012, TOP 1.2
4234/2012
- 6.7 Sachstand Sanierungsarbeiten der Platzfläche "Am Rosenhof"
hier: Nachfrage des RM Kron aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
04.12.2012, TOP 6.5
4618/2012
- 6.8 Vorbehaltsnetz für Kölner Straßen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 1.2
AN/1856/2012
4488/2012
- 6.9 Sicherstellung der Erreichbarkeit von Einsatzorten
hier: Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 04.12.2012, TOP 1.3
4486/2012
- 6.10 Anfrage von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.10.2012 zur Barriere-
freiheit der Kölner Bahnhöfe
AN/1641/2012
0189/2013
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 Statusbericht Bürgerhaushalt 2008
3256/2012

- 7.2 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010
3274/2012
- 7.3 Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des Verkehrsausschusses
4553/2012
- 7.4 Bundesweites Modellprojekt: Fahrradschutzstreifen außerorts
4522/2012
- 7.5 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe
Berichtswesen 4. Quartal 2011 und 1. Quartal 2012
4118/2012
- 7.6 Neuordnung von Verkehrsbeziehungen im Bereich der Subbelrather Straße/Liebigstraße/Hüttenstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom
17.09.2012, TOP 8.2
4596/2012
- 7.7 Sanierung Tunnel Grenzstraße
hier: Varianten-Untersuchung für die Baudurchführung
0180/2013
- 7.8 Sanierung der Straßenbrücke "Gleueler Straße/Decksteiner Weiher"
Freigabe des Straßenverkehrs
0211/2013

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Baumaßnahme Cäcilienstraße
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.2 Lichtschranken für Lkw
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.3 Zeitplan für die Sanierung der Kölner Rheinbrücken
Anfrage des SE Preckel
- 8.4 Beschilderung zur Sperrung der Mülheimer Brücke
Anfrage des SB Möller
- 8.5 Veranstaltung "Kölschfest"
Anfrage des SB Möller
- 8.6 Defekte Platten auf dem Heumarkt
Hinweis des RM Möring
- 8.7 Fahrbahnsanierung Mohrenstraße
Anfrage des SE Vietzke
- 8.8 Umbaumaßnahmen an der Haltestelle Neusser Straße/Gürtel
Anfrage des RM van Geffen
- 8.9 Landesprogramm zur Umrüstung der städtischen Beleuchtung auf LED
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 15.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe

3974/2012

15.2 Externe Beauftragungen vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik
3802/2012

15.3 Bürgerveranstaltung zur 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn
- *mündlich* -

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Verpflichtung eines neuen sachkundigen Einwohners mit beratender Stimme

Vorsitzender Waddey verpflichtet Herrn Michael Weisenstein als neuen sachkundigen Einwohner mit beratender Stimme.

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.10.2012 betr. LKW-Durchgangsfahrverbot für Meschenich AN/1741/2012

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2012 AN/1945/2012

Stellungnahme der Verwaltung 0190/2013

RM Möring betont, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, ein Lkw-Durchfahrtsverbot anzuordnen. Die Bezirksregierung fordere nun aktuelle Lärmberechnungen und daher fragt er, wann die Ergebnisse der Lärmbelastung vorliegen werden. Aus seiner Sicht hätte man hier schon früher aktiv werden müssen.

Auch RM Tull moniert, dass die Entscheidung der Bezirksregierung ein Eingriff in die Eigenverantwortung der Kommune darstelle. Sie bitte ebenso wie Herr Möring um Angaben über den zeitlichen Rahmen dieser Untersuchungen.

Auf Nachfrage des SE Feld räumt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, ein, dass es seit geraumer Zeit Beschwerden seitens der dortigen Anwohner gebe. Aufgrund dieser Beschwerden habe die Verwaltung auch bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, beispielsweise die Anpassung der Lichtsignalanlagen und die Anordnung eines Lkw-Nachtfahrverbots. Dieses Lkw-Nachtfahrverbot habe die Bezirksregierung als zuständige Fachaufsicht mit dem Hinweis auf falsche Abwägung zwischen den Lärm- und Abgasbelastungen auf der einen Seite und dem Erschwernis für Lkw-Fahrer bei einer Umleitung auf der anderen Seite bemängelt und daher aufgehoben. Seither fordere sie für weitere Maßnahmen umfangreiche Nachweise, die jedoch viel Zeit und Geld beanspruchen.

Weiterhin erklärt Herr Harzendorf die Erstellung des Lärmgutachtens. Die Lärmbelastung müsse für jedes Gebäude separat berechnet werden. Danach werde untersucht,

ob und welche Abhilfemaßnahmen geeignet seien. Erst im Anschluss an die Erstellung des Gutachtens könne es weitere Gespräche mit der Bezirksregierung geben. Mit einer Entscheidung sei in etwa zwei Monaten zu rechnen.

Alte Lärmberechnungen lägen für Meschenich nicht vor; lediglich Lärmkarten, deren Erstellung jedoch auf Berechnungen beruhe, die nicht so detailliert seien, wie sie die Bezirksregierung fordere.

RM Tull äußert ihr Unverständnis über diese Ausführungen bzw. das gesamte Vorgehen. Die Haltung der Bezirksregierung werde nun sicherlich auch Konsequenzen für das derzeit in der Beratung befindliche Lkw-Führungskonzept haben. Mit dem Verweis auf die Lärmschutzrichtlinien frage sie, ob seitens der Meschenicher Bürger eine Klage gegen die Stadt Köln zu befürchten sei.

Auch RM Möring zeigt sich verwundert über den Umfang der geforderten Berechnung. Ihm sei kein weiterer Fall bekannt, bei dem jedes Gebäude separat überprüft wurde. Neben der Frage der Lärmbelastung interessiere ihn noch die Schadstoffbelastung insbesondere mit Stickoxiden. In diesem Zusammenhang bitte er um Mitteilung, wie die Bezirksregierung die örtliche Belastung von immerhin 49 mg bei einem Grenzwert von lediglich 40 mg bewerte.

SE Preckel fragt nach dem Sachstand der Ortsumgehung Meschenich.

Hierzu führt Herr Harzendorf aus, dass die Planung in der Zuständigkeit des Landesbetriebs Straßenbau NRW liege, das Planfeststellungsverfahren jedoch weiterhin andauere, weil die Frage nach dem östlichen Ende der Umgehungsstraße noch offen sei.

Zu den Fragestellungen von Herrn Möring informiert Herr Hartwig, Vertreter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, dass die Verwaltung aufgrund von Beschwerden tätig geworden sei und in 2010 einen sogenannten Passivsammler installiert habe. Erste Ergebnisse der Schadstoffmessung aus 2011 liegen bereits vor; die von 2012 folgen voraussichtlich Ende März 2013 und werden im Internet veröffentlicht.

RM dos Santos Herrmann betont nachdrücklich, dass die SPD-Fraktion die gleiche Zielrichtung wie die CDU-Fraktion verfolge. Ein Lkw-Durchgangsverbot könne auch durchaus Ziel führend sein; sie befürchte jedoch, dass der Verkehrsausschuss hier nun wieder einen Beschluss fasse, der anschließend von der Aufsichtsbehörde aufgehoben werde. Aus ihrer Sicht sollte als Sofortmaßnahme eine Geschwindigkeitsbeschränkung geprüft und parallel alles seitens der Verwaltung unternommen werden, um das von der Bezirksregierung geforderte Verfahren bzw. die Untersuchungen zu beschleunigen und zu verkürzen.

RM Uckermann unterstützt die Forderung von Herrn Möring, dass der politische Wille bekundet werden müsse. Auch im Regionalrat sollte die Problematik thematisiert werden.

Auf Nachfrage des SB Möller teilt Herr Harzendorf mit, dass im Rahmen der Planfeststellung zur Ortsumgehung Meschenich keine Lärmberechnung stattgefunden habe.

RM dos Santos Herrmann wiederholt, dass ihre Fraktion unter den gegebenen Umständen und aufgrund der Ausführungen der Verwaltung heute kein Lkw-Fahrverbot beschließen könne. Sie schlage stattdessen vor, einen entsprechenden, konkreten Appell an die Verwaltung und die Bezirksregierung zu richten.

RM Kirchmeyer bemängelt für die FDP-Fraktion die langwierige, aber ergebnislose Diskussion im hiesigen Ausschuss. Da offensichtlich Einvernehmen in der Zielsetzung bestehe, sollte eine klare Willensbekundung in der heutigen Sitzung erfolgen und von daher schließe sie sich dem Antrag der CDU-Fraktion an.

Abschließend formulieren RM Möring und Ausschussvorsitzender Waddey folgenden Beschlusstext:

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, im Stadtteil Meschenich die Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Verkehr entscheidend zu reduzieren; dazu kann ein Lkw-Durchfahrtsverbot gehören. Die Bezirksregierung wird aufgefordert, dieses Verfahren beschleunigt durchzuführen.

Zudem fordert der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Köln das Bundesverkehrsministerium und das Landesverkehrsministerium auf

-> mit dem Bau der OU Meschenich zu beginnen, auch wenn die Voraussetzungen für den Bau der Fortsetzung zum GVZ noch nicht vollständig gegeben ist,

-> die Untersuchung einer 5. Variante der Linienführung mit Auffahrt auf die A4 an der Querung der Brühler Landstraße/B51 (alt) nicht weiter zu verfolgen. Diese Variante wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**2.2 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 21.12.2012 betr.
Generalsanierung, Aus- und Umbauprogramm für Kölner Straßen
AN/2035/2012**

RM dos Santos Herrmann nimmt kurz Stellung zum Antrag. Zu der aktuellen Diskussion und Medienberichten hinsichtlich KAG-Maßnahmen weist sie die Vorwürfe, die Stadt wolle die Bürger nur zur Kasse bitten mit einem derartigen Beschluss, vehement zurück. Eine gesunde Infrastruktur sei die Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft. Sie fordere daher ein zügiges Programm zur Instandhaltung der Infrastruktur in Köln.

RM Möring unterstreicht nachdrücklich, dass das Ziel dieses Antrags nicht die Förderung von KAG- Maßnahmen sei, sondern hiermit vielmehr ein größerer Spielraum im investiven Bereich entstehe, der genutzt werden sollte.

BG Höing betont, dass die Verwaltung die Straßen nicht verkommen lasse, um die Bürger dann anschließend zur Kasse zu bitten. Es gebe genaue Kriterien für die Durchführung und Abrechnung von KAG-Maßnahmen.

Nachfolgend erläutert Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, dieses Verfahren noch einmal. Neben dem Alter und dem Zustand der Straße müsse die Verwaltung nachweisen, dass die Straße ordnungsgemäß instand gehalten wurde.

RM Kirchmeyer bittet zukünftig bei Verwaltungsvorlagen einen Hinweis auf die KAG-Pflicht beizufügen.

RM Uckermann vertritt die Auffassung, dass der Grund der maroden Straßen in der Unterfinanzierung dieses Bereichs liege. Die Konsequenz der KAG-pflichtigen Straßenanierungen seien steigende Miete und teure Wohnungen. Er spricht sich daher gegen den Antrag aus.

Auf Nachfrage von SE Weisenstein legt Herr Harzendorf dar, dass die Belange des Radverkehrs bei Generalsanierungen berücksichtigt werden.

Beschluss:

Zur Erreichung einer notwendigen nachhaltigen Kosteneinsparung wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, wie ein optimales Verhältnis zwischen Generalsanierung und rein baulicher Erhaltung des Kölner Straßennetzes erzielt werden kann. Das Ergebnis ist dem Verkehrsausschuss im ersten Quartal 2013 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**4.1 Fahrradfreundliche Gestaltung der Einmündung Dürener Straße/Universitätsstraße
3938/2011**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.2 Platzumgestaltung Ebertplatz, hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine Tiefgarage unterhalb der Platzfläche des Ebertplatzes
2618/2012**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**4.3 Informationscodes für Baustellen in Köln
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
30.10.2012, TOP 2.1
4482/2012**

Auf Nachfrage des SE Hammer erläutert Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, dass eine direkte Verlinkung mit dem Verkehrskalender, in dem die Baustellen hinterlegt seien, erfolgen werde und die Verwaltung zunächst Erfahrungen mit diesem System sammeln möchte.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Baustellenbeschilderung bei verkehrsrelevanten Straßenbaumaßnahmen um einen QR-Code zu erweitern, der

unmittelbar zu den Baustelleninformationen der Internetpräsenz der Stadt Köln (<http://www.stadt-koeln.de/4/verkehr>) führt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Umgestaltung und Nutzungsänderung von Räumen der rechtsrheinischen Rampe der Deutzer Brücke
a. Dusch- und Umkleidebereiche für die DIN 1076 Prüfgruppe
b. Fahrzeugabstellplätze für Prüffahrzeuge einschließlich dem Hubsteiger
3996/2012

RM Möring wirft die Frage auf, ob alternativ auch temporäre Lösungen wie beispielsweise Container geprüft worden seien; ihm erscheinen die Kosten doch sehr hoch.

RM Tull möchte wissen, ob der derzeit ausgelagerte Kanuverein wieder in die Räumlichkeiten zurückkehren könne oder ob die nun zur Diskussion stehende Maßnahme dem entgegenstehe. Ggf. könnten hier auch Synergieeffekte erzielt werden, wenn deren Belange mit berücksichtigt werden. Allerdings stelle sich auch ihr angesichts der hohen Kosten die Frage, ob separate Duschbereiche für die Mitarbeiter des Amtes wirklich zwingend notwendig seien.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, stellt klar, dass eine dauerhafte Lösung angestrebt werde und insofern die Aufstellung von Containern nicht geprüft wurde. Die Dusch- und Umkleidebereiche seien aus arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen zwingend erforderlich; zudem übe auch der Personalrat einen gewissen „Druck“ aus; jedoch völlig zu Recht. Der Kanuverein sei von dieser Maßnahme in keiner Weise betroffen und werde zu gegebener Zeit in die Räumlichkeiten zurückkehren können.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf über die Planungsleistungen für die Herstellung der Dusch – und Umkleidebereiche für die DIN 1076 Prüfgruppe des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau in der rechtsrheinischen Rampe der Deutzer Brücke einschließlich der damit verbundenen Nutzungsänderung an und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens zur Vergabe der Planungsleistungen an externe Ingenieurbüros.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Zur Finanzierung der benötigten Mittel in Höhe von 43.673,00 Euro beschließt der Finanzausschuss die Bereitstellung und Freigabe von Mitteln in gleicher Höhe im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 6901-1202-1-0110 - Betriebsräume Deutzer Brücke Hj. 2013. Die Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NRW sind erfüllt

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Elfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 4205/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Beitragbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 11. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragsatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Höninger Weg von Eifelwall bis Pohligstraße in Köln-Zollstock 4263/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Höninger Weg von Eifelwall bis Pohligstraße in Köln-Zollstock in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage An der Rather Burg (befahrbarer Wohnweg) von An der Rather Burg bis Beginn Fuß- und Radweg in Köln-Rath/Heumar 4275/2012

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage An der Rather Burg (befahrbarer Wohnweg) von An der Rather Burg bis Beginn Fuß- und Radweg in Köln-Rath/Heumar in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (östliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Ursulastraße/Victoriastraße in Köln-Altstadt/Nord
4281/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (östliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Ursulastraße/Victoriastraße in Köln-Altstadt/Nord in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (westliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Enggasse in Köln-Altstadt/Nord
4287/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Tunisstraße (westliche Anliegerfahrbahn) von Unter Sachsenhausen bis Enggasse in Köln-Altstadt/Nord in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.6 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4641/2012**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Abwasserbeseitigungskonzept Köln, 5. Fortschreibung 2013
4449/2012**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**5.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln
hier: Ertüchtigung der Hochwasserschutzanlage "Lindemauer" in Köln-
Sürth
3847/2012/1**

Auf Nachfrage des SE Feld teilt Herr Werker, Vertreter der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) mit, dass die StEB - wie auch bei allen anderen Hochwasserschutzmaßnahmen – fest mit Zuschüssen für diese Maßnahme rechne.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt gemäß § 8 Abs. 1 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) dem Beschluss des Verwaltungsrates der StEB vom 04.10.2012 über die Umsetzung der Ertüchtigung der sogenannten „Lindemauer“ in Köln-Sürth von Rhein-km 674,94 bis Rhein-km 675,23 vorbehaltlich einer rechtskräftigen Plangenehmigung und der gesicherten Finanzierung zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.9 VRS: kostenlose bzw. preislich deutlich reduzierte Fahrradmitnahme im
VRS-Gebiet
3300/2012**

RM Zimmermann merkt an, dass die Begründung der Verwaltung durchaus nachvollziehbar sei. Dennoch möchte er wissen, ob angedacht sei, bauliche Veränderungen in den Fahrzeugen vorzunehmen, um zu einem späteren Zeitpunkt erneut über eine kostenlose Fahrradmitnahme zu diskutieren.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, teilt mit, dass die KVB durchaus die Weiterentwicklung der Fahrzeuge beobachte bzw. thematisiere und verdeutlicht dies anhand der bereits eingerichteten Mehrzweckräume in den Fahrzeugen der neuen Generation. Gleichwohl müsse darauf hingewiesen werden, dass die Fahrradmitnahme im Zusammenhang mit der Zunahme an Fahrgästen auch des Öfteren zu Konflikten führe, insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten. Die KVB beschäftige sich derzeit zudem intensiv mit der Weiterentwicklung des Verkehrssystems insgesamt und werde noch in diesem Jahr mit dem Thema „Neukonzeption von Fahrradverleihsystemen“ auf den hiesigen Ausschuss zukommen.

SE Weisenstein gibt zu Bedenken, dass es nicht richtig sei, dieses Problem mit finanziellen "Sanktionen" zu lösen. Grundsätzlich sei es sehr begrüßenswert, dass immer mehr Menschen auf das Fahrrad und die Bahn umsteigen. Ggf. sollte die KVB nochmals über ihre Prioritätenliste, wer darf zu welchem Preis mit der Bahn fahren, nachdenken.

Ausschussvorsitzender Waddey hingegen weist abschließend darauf hin, dass Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln als ein Massenphänomen in den Stoßzeiten nicht realisierbar sei. Aus seiner Sicht sei es vielmehr der richtige Weg, Verleihsysteme und sichere Abstellmöglichkeiten zu prüfen und auch umzusetzen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, von Modifikationen der Preise für die Fahrradmitnahme im ÖPNV zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzusehen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Qualitätsmanagement bei Lichtsignalanlagen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses
am 04.12.2012
4340/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Abpollerungen unter BAB-Brücke Rodenkirchen
hier: Mündliche Anfrage des SB Möller aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses am 30.10.2012, TOP 8.9
4383/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Auswirkung der Mittelstreichung für den ÖPNV auf Köln
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am
04.12.2012, TOP 1.4
AN/1904/2012
4472/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Erweiterung der P+R-Anlage Weiden
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am
04.09.2012
AN/1403/2012
4101/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Kirchmeyer zeigt sich überrascht, dass dieser Beantwortung Zahlen aus dem Jahr 2001 zugrunde gelegt wurden. Diese seien in keiner Weise mehr belastbar. Sie rege nachdrücklich an, hier zügig eine aktuelle Potenzialermittlung vorzunehmen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, und Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutern die Situation noch einmal und stellen klar, dass konkrete Maßnahmen zur Erweiterung derzeit nicht geplant seien; gleichwohl werde die Situation jedoch intensiv beobachtet. Sie geben allerdings zu Bedenken, dass die starke Auslastung dieser P+R-Anlage insbesondere auch in den verschiedenen Tarifzonen-Grenzen begründet sei und insofern durchaus über Alternativen zur Aufstockung nachgedacht werden müsse.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, zeigt sich von dem Argument der Tarifzonen-Grenzen nicht in Gänze überzeugt und zeigt auf, dass eine Vielzahl der ÖPNV-Nutzer mittlerweile über netzweit gültige Tickets verfüge und eine Änderung der Tarifzonen-Grenzen nicht ganz einfach zu realisieren sei.

RM Möring schließt sich dieser Einschätzung an und plädiert dafür, eine etwaige Erweiterung der Anlage in Köngsdorf vertiefend zu diskutieren und ggf. zu einer Entscheidung zu bringen.

**6.5 Fahrradpiktogramme auf dem Höninger Weg
hier: Mündliche Anfrage des SE Arenz aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.09.2012, TOP 8.2
4499/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Auf Nachfrage des SE Weisenstein führt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, nochmals die Gründe für die Ablehnung des Fahrradpiktogramms an dieser Stelle aus. Diese Argumente wurden der Bezirksvertretung Rodenkirchen bei einem gemeinsamen Termin vorgetragen, so dass man sich letztendlich einvernehmlich darauf einigen konnte, die Fahrradpiktogramme nicht zu installieren.

**6.6 Straßenunterhaltungsmaßnahme Reichenspergerplatz und angrenzende Straßen
hier: Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey aus der Sondersitzung des Verkehrsausschusses vom 20.09.2012, TOP 1.2
4234/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.7 Sachstand Sanierungsarbeiten der Platzfläche "Am Rosenhof"
hier: Nachfrage des RM Kron aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 6.5
4618/2012**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.8 Vorbehaltsnetz für Kölner Straßen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 1.2
AN/1856/2012
4488/2012

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Tull macht deutlich, dass diese Beantwortung nicht zufriedenstellend sei. Das Vorbehaltsnetz sei veraltet und sie bitte daher die Verwaltung, den entsprechenden Plan und den Beschluss des hiesigen Ausschusses bzw. des Rates zur nächsten Sitzung vorzulegen. Sie könne nicht nachvollziehen, warum auf diesen Straßen zwingend Tempo 50 ausgewiesen werden müsse. Die Geschwindigkeit trage nach ihrer Ansicht nicht dazu bei, die Leistungsfähigkeit einer Straße zu erhöhen.

Unverständlich sei ihr zudem, warum die Escher Straße nicht in Gänze mit Tempo 30 ausgeschildert werden könne.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die Verwaltung als Straßenverkehrsbehörde der „verlängerte Arm des Staates“ sei und die Vorschriften für Tempo 30-Zonen in Wohngebieten, hier über die Straßenverkehrs-Ordnung, zwingend eingehalten werden müssen. Fast alle Städte hätten die Rahmenbedingungen für die Einführung von Tempo 30-Zonen geschaffen, in dem sie zunächst ein sogenanntes Vorfahrtstraßen- oder Vorbehaltsstraßennetz definiert und beschlossen haben, bei dem in der Regel Tempo 50 erlaubt werde. Nur in besonderen Fällen - Altenheime, Schulen, Gefahrenstellen u.Ä. - sei die Anordnung von Tempo 30 erlaubt.

Abschließend sagt Herr Harzendorf zu, dem hiesigen Ausschuss die damalige Mitteilung zum Vorbehaltsnetz mit einem Plan erneut vorzulegen. Auch den Hinweis zur Escher Straße werde er aufgreifen und prüfen.

6.9 Sicherstellung der Erreichbarkeit von Einsatzorten
hier: Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 04.12.2012, TOP 1.3
4486/2012

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Kirchmeyer gibt zu Bedenken, dass die Verkehrssituation unverändert sei, sich die Straßensituation aber sehr wohl verändert habe. Sie bitte die Verwaltung daher, zügig Kontakt mit der Feuerwehr aufzunehmen.

6.10 Anfrage von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.10.2012 zur Barrierefreiheit der Kölner Bahnhöfe
AN/1641/2012
0189/2013

Da die Beantwortung als Tischvorlage zur Sitzung verteilt wurde, äußert RM Tull die Bitte, den Tagesordnungspunkt in der kommenden Sitzung zu behandeln.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Statusbericht Bürgerhaushalt 2008 3256/2012

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Auf Nachfrage des RM Zimmermann zur Brücke am Aachener Weiher berichtet Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, dass das Rechnungsprüfungsamt zwischenzeitlich die Freigabe für den Neubau erteilt habe. Da jedoch die Kosten im Vergleich zum seiner Zeit gefassten Baubeschluss um mehr als 10 % gestiegen seien, müsse die Verwaltung einen erneuten Ratsbeschluss einholen; dies erfolge voraussichtlich in der März-Sitzung.

7.2 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010 3274/2012

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Jahresbericht 2012 über die Beschlüsse des Verkehrsausschusses 4553/2012

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Nachfragen aus den Reihen des Ausschusses werden von der Verwaltung mündlich beantwortet.

7.4 Bundesweites Modellprojekt: Fahrradschutzstreifen außerorts 4522/2012

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Tull berichtet, dass es bereits einen Beschluss aus der Bezirksvertretung Mülheim zur Einrichtung von Fahrradschutzstreifen auf dem Mauspfad gebe. Sie fragt, warum diese Strecke nicht als Versuchsstrecke ausgewählt wurde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erklärt, dass der Verwaltung diverse Vorschläge aus den Bezirksvertretungen vorliegen; die drei ausgewählten Strecken des Modellversuchs die Rahmenbedingungen jedoch am besten erfüllen. Er macht deutlich, dass es sich hier um ein Pilotprojekt handele, dessen Ergebnis zunächst abzuwarten sei.

7.5 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe Berichtswesen 4. Quartal 2011 und 1. Quartal 2012 4118/2012

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 Neuordnung von Verkehrsbeziehungen im Bereich der Subbelrather Straße/Liebigstraße/Hüttenstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom
17.09.2012, TOP 8.2
4596/2012**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Tull betont, dass entgegen der Aussage in der Mitteilung eine Querung der Subbelrather Straße (an der Haltestelle Liebigstraße) in einem Zug nicht möglich sei. Des Weiteren äußert sie ihr Unverständnis darüber, dass an allen in diesem Bereich neu errichteten Lichtsignalanlagen gegen den mehrfach geäußerten Willen des Verkehrsausschusses Anforderungsknöpfe für Fußgänger installiert wurden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, verweist bezüglich der Anforderungstasten an den Lichtsignalanlagen auf eine frühere mündliche Anfrage des RM Tull und bittet um Verständnis, dass die Beantwortung erst zur kommenden Sitzung vorgelegt werde. Dem Hinweis zur Querung der Subbelrather Straße werde er sich annehmen und erneut prüfen.

**7.7 Sanierung Tunnel Grenzstraße
hier: Varianten-Untersuchung für die Baudurchführung
0180/2013**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Sanierung der Straßenbrücke "Gleueler Straße/Decksteiner Weiher"
Freigabe des Straßenverkehrs
0211/2013**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

SE Schmitz moniert erneut, dass die Verwaltung bei der seinerzeitigen Vorstellung der Maßnahme den hiesigen Ausschuss im Unklaren über die Risiken und den zeitlichen Rahmen gelassen habe. Er appelliere zudem an die Verwaltung, künftig auch die Leistungsfähigkeit der Unternehmer zu prüfen.

RM Möring schließt sich dieser Kritik nachdrücklich an; die zeitliche Überschreitung betrage nunmehr immerhin 50 %.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Baumaßnahme Cäcilienstraße Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer äußert ihre Verwunderung darüber, dass der Hauptausschuss in der vergangenen Sitzung – auf Nachfrage - über die Verzögerung der Öffnung der Cäcilienstraße Richtung Deutzer Brücke um sechs Monate bereits informiert wurde. Sie weist darauf hin, dass solche Informationen dem Verkehrsausschuss als Fachausschuss zuerst mitgeteilt werden sollten und bittet um Erklärung.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, legt dar, dass sein Kollege die Information in der letzten Woche ganz aktuell vorliegen und sich noch keine Gelegenheit ergeben hatte, den hiesigen Ausschuss zu informieren; er bitte hier um Verständnis. Im Zuge der Oberflächenwiederherstellung sei leider festgestellt worden, dass sich noch verschiedene Leitungen in diesem Bereich befinden; diese seien aus den schlechten Planunterlagen bzw. Dokumentation, die auch in der Geschichte Kölns begründet seien, seiner Zeit nicht hervorgegangen. Die Verlängerung der Sperrung um sechs Monate sei nur der schlecht möglichste Fall. Man bemühe sich die Sperrung so bald als möglich aufzuheben.

8.2 Lichtschranken für Lkw Anfrage des RM Kirchmeyer

RM Kirchmeyer berichtet, dass nach ihren Beobachtungen aufgrund der Brückensperrungen nun im ganzen Stadtgebiet viele große bzw. sehr hohe Lkw unterwegs seien und dies oftmals zu gefährlichen Situationen führe, wenn diese beispielsweise versuchen, auf vielbefahrenen oder engen Straßen zu wenden. Ihr stelle sich daher die Frage, ob die Verwaltung zur Verhinderung der Durchfahrt - beispielsweise an Unterführungen, die eine Höhenbegrenzung haben - Lichtschranken anbringen könne, die die Fahrer vor diesen „Hindernissen“ warnen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, legt dar, dass die Verwaltung bereits verschiedene Maßnahmen zur Verhinderung der Durchfahrt von großen und hohen Lkw ergriffe habe wie beispielsweise an der Siegburger Straße. Dies seien jedoch sehr aufwändige Maßnahmen, die nur eingeschränkt realisiert werden können und auch keinen vollständigen Erfolg erzielen. Letztendlich müsse man auf das Verantwortungsbewusstsein der Fahrer vertrauen und die Sanierungen der derzeit gesperrten Rheinbrücken abwarten.

8.3 Zeitplan für die Sanierung der Kölner Rheinbrücken Anfrage des SE Preckel

Auf Nachfrage des SE Preckel sagt Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, zu, die Übersicht über das Gesamtprogramm zur Brückensanierung bis 2025 dem Ausschuss noch einmal vorzulegen.

8.4 Beschilderung zur Sperrung der Mülheimer Brücke Anfrage des SB Möller

Auf Nachfrage des SB Möller erklärt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, dass die Beschilderung zum Durchfahrtsverbot für Lkw durch-

aus korrekt installiert wurde. Aufgrund einiger Zwischenfälle jedoch wurde die Beschilderung in Absprache mit der Polizei noch einmal modifiziert.

8.5 Veranstaltung "Kölschfest" Anfrage des SB Möller

SB Möller berichtet über mehrere Hinweisschilder auf dem Höniger Weg zum "Kölschfest" am Südstadion. Er fragt, ob diese Hinweisschilder Verkehrszeichen gemäß der Straßenverkehrs-Ordnung darstellen. Zudem sei in der letzten Woche zur Hauptverkehrszeit eine Fahrspur für die Einfahrt zum "Kölschfest" abgesperrt worden, was zu erheblichen Verkehrsbehinderungen geführt habe. Aus seiner Sicht sei es durchaus überlegenswert, den Beginn derartiger Veranstaltungen auf den Nachmittag oder den späteren Abend zu verlegen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass es sich bei der Beschilderung nicht um Verkehrszeichen nach der Straßenverkehrs-Ordnung handele und sagt zu, die Rechtmäßigkeit der Beschilderung überprüfen zu lassen. Die Sperrung einer Fahrspur sei bei größeren Veranstaltungen üblich, um den starken Andrang von Pkw besser abwickeln zu können.

8.6 Defekte Platten auf dem Heumarkt Hinweis des RM Möring

RM Möring weist die Verwaltung darauf hin, dass auf dem Weg vom Overstolzenhaus über die Verkehrsinsel Heumarkt zum Rathaus sehr viele Gehwegplatten lose seien und bittet nachdrücklich um Behebung der Schäden.

8.7 Fahrbahnsanierung Mohrenstraße Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke fragt nach, ob der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 12.05.2011, die südliche Radweganlage an der Kreuzung mit der Zeughausstraße in die Planung einzubinden, berücksichtigt wurde. Er bemängelt, dass die neuen Leuchten auf der Westseite mitten auf dem bereits verkleinerten Gehweg stünden und ein ärgerliches Hindernis darstellen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine Prüfung zu.

8.8 Umbaumaßnahmen an der Haltestelle Neusser Straße/Gürtel Anfrage des RM van Geffen

Auf Nachfrage des RM van Geffen berichtet Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, dass hier bedauerlicher Weise gleich mehrere negative Umstände zusammentreffen: Schlechtleistung von Unternehmen, mehrfache Anpassung bzw. Umplanung, eine Vielzahl von kleinen Gewerken sowie Schwierigkeiten im Ausschreibungsschreiben. Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Aufzüge im April im Rohbau fertig und somit im Sommer in Betrieb genommen werden können. Auch bei der Straßenplanung habe es bedingt durch die komplexen Zusammenhänge und den Belangen des Straßenbaus und des Busverkehrs Verzögerungen gegeben. Die Bezirksvertretung erhalte in einer der nächsten Sitzungen eine detaillierte Stellungnahme. Herr Neweling sagt zu, diese auch dem hiesigen Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

**8.9 Landesprogramm zur Umrüstung der städtischen Beleuchtung auf LED
Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey**

Ausschussvorsitzender Waddey bittet um Informationen zu oben genanntem Landesprogramm.

- Ende des öffentlichen Teils -